

Schwierige Fragen und einfache Antworten

Klimaschutz und Asyl, Steuern und Außenpolitik: Alle Direktkandidaten für den Bundestag haben den Fragebogen der AZ beantwortet

Aichacher Zeitung, 9. September 2017

Von Carina Lautenbacher

Aichach – Zwei Kreuzchen können die Wähler bei der Bundestagswahl am 24. September machen. Mit der Zweitstimme wird über die Zusammensetzung des Parlaments entschieden. Die Hälfte der Sitze wird an den jeweils erfolgreichsten Direktkandidaten aus den bundesweit 299 Wahlkreisen vergeben. Die AICHACHER ZEITUNG stellt die Direktkandidaten der drei Wahlkreise in ihrem Einzugsgebiet auf Sonderseiten vor.

Mit je acht Direktkandidaten in den Wahlkreisen Augsburg-Land und Donau-Ries sowie elf im Wahlkreis Dachau-Fürstenfeldbruck, ringen so viele Bewerber wie noch nie um die Erststimme der Menschen im Aichacher und Altomünsterer Land. Um einen Überblick zu ermöglichen, haben alle Kandidaten den gleichen Fragebogen erhalten. Zu 23 Aussagen wurden sie um den Grad ihrer Zustimmung oder Ablehnung gebeten.

Dass das nicht immer einfach ist, wissen alle, die schon den Wahlomat ausprobiert haben. Der Wähler nimmt zustimmend oder ablehnend zu 38 Fragen Stellung und am Ende errechnet die Internetseite (wahlomat.de), welcher Partei man am nächsten steht.

Dabei ist das Antworten manchmal schwierig. Eine der Thesen lautet zum Beispiel „Der Ausbau erneuerbarer Energien soll vom Bund dauerhaft finanziell gefördert werden.“ Wer Wasserkraft gut findet, aber Biomasse oder Windräder ablehnt, ist mit Zustimmung oder Ablehnung ebenso in der Bredouille, wie jemand, der den Ausbau von Öko-Energie auf Basis



von Angebot und Nachfrage statt staatlicher Regulierung erreichen möchte.

Ähnlich verhält es sich bei einigen Fragen der AICHACHER ZEITUNG. Mehrere Kandidaten meldeten zurück, dass sie die Verkürzung problematisch sehen.

Der CSU-Bundestagsabgeordnete Hansjörg Durz (Wahlkreis Augsburg-Land) erklärt das an der Frage danach, ob sich Deutschland stärker militärisch engagieren sollte. „Wenn damit gemeint ist, dass Deutschland zu Frieden, Stabilität und Entwicklung in der Welt, also im humanitären Sinne, beitragen soll, dann stimme ich hier voll zu. Sollte damit gemeint sein, dass Deutschland stärker auf militärische Aggression als Mittel in den internationalen Beziehungen setzen solle, dann stimme ich dem natürlich nicht zu.“

Auch andere Kandidaten, etwa Michael Schrodi (SPD) oder Renate Schiefer von der Linken (beide Dachau-Fürstenfeldbruck), haben mehre-

re Fragen mit unentschieden beantwortet, wenn differenziertere Positionen sich im Raster nicht widerspiegeln ließen. Renate Schiefer verweist zum Beispiel auf das Statement „Der Staat soll den Ausbau von E-Mobilität fördern.“ Sie hält E-Mobilität nicht per se für falsch, aber „wenn wir weiterhin vorrangig auf Individualverkehr setzen“, dann halte sie das für den falschen Schwerpunkt.

Hansjörg Durz stellt nach seinen ersten vier Jahren im Bundestag ganz grundsätzlich einen Trend zur Vereinfachung fest: „Ich beobachte zwei gegensätzliche Tendenzen: Während die Komplexität der Zusammenhänge immer weiter zunimmt, steigt bei vielen Menschen der Wunsch nach scheinbar einfachen Antworten.“

Das sieht Herbert Woerlein, sein SPD-Kontrahent im Wahlkreis Augsburg-Land, anders. Er ist ebenfalls seit vier Jahren hauptberuflich Politiker, aber im Landtag. Ihm hat das Beantworten des Fragebogens sogar Spaß gemacht, denn „genau so erlebe ich die politische Wirklichkeit. Viele Leute sind eben nicht in den komplizierten Sachverhalten drin, mit denen sich die Politik beschäftigt.“

Wenn man immer darauf verweise, wie schwierig alles sei, bilde das das Bedürfnis der Wähler nicht ab. „Abgesehen davon, muss man sich irgendwann auch einmal festlegen: Erheben wir die Maut – ja oder nein; finde ich 80 Burkaträgerinnen in Deutschland ein relevantes Problem; beenden wir die Beitrittsverhandlungen mit der Türkei?“

■ Auf Seite 18 erscheint die erste unserer drei Sonderseiten zur Bundestagswahl.

Zwei Kreuzchen für Berlin

Bundestagswahl: Mit einer Stimme wird der Direktkandidat gewählt, mit der anderen eine Partei

Von Carina Lautenbacher

Aichach – Bei der Bundestagswahl darf jeder Wähler zwei Kreuzchen machen. Mit der Erststimme wird für jeden der 299 Wahlkreise ein Direktkandidat in den Bundestag geschickt. Durch dieses Prinzip soll gewährleistet werden, dass alle Regionen des Landes im Bundestag vertreten sind. Die einfache Mehrheit reicht: Wer die meisten Erststimmen in einem der Wahlkreise erhalten hat, darf also nach Berlin.

Mit der Zweitstimme entscheiden die Wähler über die Sitzverteilung im Bundestag. Erhält eine Partei bundesweit zum Beispiel

20 Prozent der Stimmen, stehen ihr auch 20 Prozent der Sitze im nächsten Bundestag zu. Dabei wird die Hälfte der Sitze mit der Erststimme an die Direktkandidaten vergeben. Aus jedem der 299 Wahlkreise darf der erfolgreichste Direktkandidat in den Bundestag einziehen. Die anderen 299 Plätze gehen an Bewerber der Landeslisten.

Dieses System kann zur Folge haben, dass eine Partei weniger Sitze hat, als Direktkandidaten aus ihren Reihen gewählt wurden. Beispiel: Partei X erreicht 20 Prozent der Stimmen und dürfte deshalb 120 Abgeordnete entsenden. Allerdings haben 130 ihrer Kandidaten das Direktmandat

gewonnen. Dann wird der Bundestag durch sogenannte Überhangmandate größer als 598 Sitze.

Seit 2013 werden diese Überhangmandate durch Ausgleichsmandate für andere Parteien wieder ausgeglichen, weil sie ansonsten das – ausschlaggebende – Zweitstimmenergebnis verfälschen. Der Union standen nach der Wahl 2013 vier Überhangmandate zu. Um das Ergebnis der Zweitstimmen danach wieder richtig abzubilden, gab es 29 Ausgleichsmandate. Der Bundestag zählte deshalb 631 statt 598 Mitglieder. Wobei Ausgleichsmandate nicht nur für überzählige Direktkandidaten nötig sind. Wenn die Wahlbeteiligung in den Bundesländern signifikant unterschiedlich ist, sind in denjenigen mit niedriger Wahlbeteiligung weniger Stimmen für einen Sitz im Parlament erforderlich gewesen. Diese Ungleichheit wird ebenfalls mit Ausgleichsmandaten behoben.



Der Andrang in den Wahllokalen wird kleiner: Immer mehr Menschen machen Briefwahl.

EINE FRAGE DER TAKTIK?

Taktisch wählen? Der Wähler kann seine beiden Stimmen der gleichen Partei geben, aber er muss es nicht. Bei früheren Wahlen gab es regelrechte Zweitstimmenkampagnen, zum Beispiel bei CDU und FDP. In der Regel haben nur die großen Parteien eine realistische Chance, ein Direktmandat zu gewinnen. Ein Anhänger der CDU kann also mit der Erststimme seinen Direktkandidaten unterstützen, mit der zweiten einen auf der Kippe stehenden Koalitionspartner stärken, wenn zum Beispiel Schwarz-Gelb das Wunschbündnis ist.

Bei der Bundestagswahl 2009 wählten 55 Prozent der FDP-Wähler mit der Erststimme eine andere Partei – vorwiegend CDU/CSU. Umgekehrt gaben knapp 18 Prozent

der Erststimmenwähler der CDU ihre Zweitstimme der FDP. Das trug auch zur Entstehung von Überhangmandaten bei. Durch die Wahlrechtsänderung ist dieser Anreiz für das Stimmensplitting weggefallen. Ähnlich war es früher bei Rot-Grün. Der grüne Direktkandidat war oft aussichtslos, also unterstützte der Wähler den SPD-Bewerber mit der Erststimme und wählte mit der zweiten Stimme Grün. Das funktionierte früher aber zuverlässiger als heute, weil weniger Parteien im Bundestag waren und die Volksparteien stärker dastanden. Zugleich sind die Umfragen in den vergangenen Jahren unzuverlässiger geworden. Deshalb muss am Wahltag jeder für sich zwischen Überzeugung und Taktik abwägen. (cal)

Wahlkreis Augsburg-Land (Nummer 253)
Landkreis Augsburg ohne Königsbrunn sowie aus dem Landkreis Aichach-Friedberg die Gemeinden: Aichach, Adelshausen, Affing, Dasing, Eurasburg, Friedberg, Hollenbach, Obergriesbach, Kissing, Merching, Mering, Rehling, Ried, Schmiechen, Sielenbach und Steindorf.

 Wahlkreis Augsburg-Land	 CSU Hansjörg Durz (46), Bundestagsabgeordneter, Neusäß	 SPD Herbert Woerlein (59), Landtagsabgeordneter, Stadtbergen	 Grüne Franz Bossek (52), Lehrer, Kutzenhausen	 FDP Karlheinz Faller (62), Diplom-Pädagoge, Dasing	 AfD Rainer Kraft (43), Diplom-Chemiker, Langweid	 Linke Cengiz Tuncer (47), Kaufmann, Augsburg	 Freie Wähler Markus Brem (47), Landwirt, Gersthofen	 ÖDP Constanze Tucher (57), Studienrätin, Friedberg
	Deutschland braucht eine Obergrenze für Flüchtlinge.							
Der Islam gehört zu Deutschland.								
Das Tragen von Burka und Niqab in der Öffentlichkeit soll verboten werden.								
Auch wenn ein Geflüchteter Deutsch gelernt und eine Arbeit gefunden hat, aber aus einem sicheren Land kommt, sollte er abgeschoben werden.								
Die wieder eingeführten Grenzkontrollen sollen bestehen bleiben.								
Der Ausstieg aus der Kohle muss so schnell wie möglich umgesetzt werden.								
Der Staat soll den Ausbau von E-Mobilität fördern.								
Für ein ökologisches Umdenken muss Fliegen teurer werden, öffentlicher Nahverkehr billiger.								
Die Videoüberwachung im öffentlichen Raum soll ausgedehnt werden.								
Das Ehegattensplitting (die steuerliche Begünstigung von Ehepartnern) soll zugunsten eines Kindersplittings (die steuerliche Begünstigung von allein und gemeinsam erziehenden Eltern) aufgegeben werden.								
Die nächste Bundesregierung muss eine Rentenreform auf den Weg bringen.								
Der Staat sollte statt Hartz IV und anderer Sozialleistungen jedem ein bedingungsloses Grundeinkommen zur Verfügung stellen.								
Statt privater und gesetzlicher Krankenversicherung soll eine Bürgerversicherung, in die alle einzahlen, eingeführt werden.								
Der Bund erwirtschaftet momentan Haushaltsüberschüsse. Damit sollten die Steuern gesenkt werden.								
Der Bund erwirtschaftet momentan Haushaltsüberschüsse. Damit sollten Schulden getilgt werden.								
Das Wahlalter soll auf 16 Jahre sinken.								
Bundesweite Volksentscheide sollen eingeführt werden.								
Es muss flächendeckend Ganztagsbetreuungsangebote von der Krippe bis zum Schulabschluss geben.								
Die Einführung der Pkw-Maut soll gestoppt werden.								
Gleichgeschlechtliche Paare sollen Kinder adoptieren dürfen.								
Die Europäische Union ist ein Auslaufmodell.								
Die EU-Beitrittsverhandlungen mit der Türkei sollen endgültig beendet werden.								
Deutschland sollte sich stärker militärisch engagieren.								

Ich stimme voll zu
 Ich stimme eher zu
 Ich bin unentschieden
 Ich stimme eher nicht zu
 Ich stimme absolut nicht zu